

## Buchbesprechungen

Schüler, Klaus W.: Wirtschaftliches Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Test der „Learning-by-Doing“-Hypothese. Schriftenreihe des Ifo-Institutes für Wirtschaftsforschung, Nr. 104, 1980. 118 S. DM 52,60.

Wachstumstheoretische Untersuchungen, zumal solche mit gleichzeitiger empirischer Ausrichtung, sind mit der Ausweitung der in der Tendenz wachstumsfeindlichen Diskussion um die erschöpfbaren Ressourcen und der Hinwendung auf mehr kurzfristige einkommens- und beschäftigungspolitische Problemstellungen bzw. allgemein auf die im Zusammenhang mit der Steuerung der effektiven Gesamtnachfrage auftretenden Schwierigkeiten in jüngster Zeit rar geworden; erst die unter dem neuen Schlagwort „angebotsorientierten Einkommens- und Beschäftigungstheorie und -politik“ gehandelte „Wiederentdeckung“ der längerfristigen Aspekte der Wirtschaftsentwicklung lassen auf ein Umdenken in diesem Bereich hoffen. Welchen Beitrag dazu die — man möchte fast sagen: traditionelle — Wachstumstheorie zu leisten im Stande ist, zeigt Schüler mit seiner durchaus lesenswerten Publikation. Ziel der Arbeit ist es, „...sowohl das anfänglich hohe Niveau als auch die abnehmende Tendenz der Wachstumsraten (in der Bundesrepublik Deutschland, K. J.) mit Hilfe eines theoretischen Modells auf ihre Ursachen zurückzuführen“ (S. 11). Der von Schüler gewählte Untersuchungszeitraum erstreckt sich dabei auf die von weitgehender Vollbeschäftigung und moderater Ölpreisentwicklung gekennzeichneten Jahre 1960 - 1973; das verwendete Wachstumsmodell ist eine etwas weiter entwickelte Version eines einsektoralen vintage-Ansatzes unter Einschluß der von Arrow konzipierten Art der endogenen Erklärung des technischen Fortschritts. Im einzelnen ist die Arbeit wie folgt aufgebaut:

Einer kurzen Einleitung (Teil I) folgt eine vergleichsweise ausführliche theoretische Diskussion der Eigenschaften eines sehr allgemein gehaltenen (einsektoralen) Wachstumsmodells mit der Arrowschen „Lernfunktion“. Dieser Teil II ist ausgezeichnet, da hier nicht nur die grundlegenden Hypothesen klar und eindeutig dargelegt und die theoretischen Implikationen aufgezeigt, sondern insbesondere auch die verschiedenen Anwendungsmöglichkeiten dieses Modells diskutiert werden: so z. B. mögliche Arbeitslosigkeit aufgrund eines herrschenden Kapitalmangels, eines für Vollbeschäftigung zu hohen Reallohnsatzes oder — speziell im Zusammenhang mit der kurzfristig orientierten Keynesianischen Einkommens- und Beschäftigungspolitik von Interesse — auch wegen einer zu geringen effektiven Gesamtnachfrage. Ein kurzer Exkurs über Technischen Fortschritt in Modellen mit limitationalen Produktionsfunktionen und das mögliche Auftreten von externen Effekten von Investitionen als Konsequenz der spezifischen Lernfunktion von Arrow runden dieses Kapitel ab.

Teil III ist der Analyse einer speziellen Variante des Wachstumsmodells, d. h. genauer die von Arrow 1962 vorgestellte Version als Vorbereitung für die später folgende empirische Analyse gewidmet. Speziell zwei mögliche

Wachstumsphasen werden hier genauer untersucht, und zwar einmal Wachstum bei Unterbeschäftigung (des Faktors Arbeit) aufgrund eines herrschenden Kapitalmangels und zum anderen die Bedingungen des Wachstums und die jeweils resultierenden Wachstumsraten bei Vollbeschäftigung und gegebenem, konstantem Arbeitskräfteangebot. Hier läßt sich eine erste (theoretische) Begründung für den spezifischen Verlauf der Wachstumsraten in der Bundesrepublik Deutschland für den gewählten Untersuchungszeitraum aufzeigen. Die Ausführungen in diesem Teil hätten u. E. etwas kürzer gefaßt, teilweise auch in Teil II integriert werden können, insbesondere was die Analyse der Implikationen alternativer Größenordnungen spezieller Parameterkonstellationen betrifft.

Im Teil IV diskutiert Schüler zunächst rein theoretisch die von ihm später in dem verwendeten Schätzmodell angebrachten Erweiterungen an dem ursprünglichen Arrow-Ansatz. Diese Modifikationen betreffen die Einbeziehung einer von der Funktionalverteilung abhängigen gesamtwirtschaftlichen Sparquote in Form einer durch das empirische Datenmaterial erzwungenen modifizierten Kaldor-Hypothese, die Berücksichtigung des Auslands, wobei Schüler hier als interessante Variante — in Anlehnung an die ursprüngliche Arrow'sche Lernfunktion — auch die Änderung des spezifischen Inputgüterbedarfs je Kapitaleinheit in der Produktionsfunktion vom Erfahrungsstand zum Zeitpunkt der Installation der Kapitalgüteranlage abhängig macht und schließlich die Beachtung des Staatssektors. Spätestens hier hätte man sich jedoch einen klaren Hinweis auf den durch die ausschließliche Konzentration auf den realen Teil der Wirtschaft bedingten eingeschränkten Gültigkeitsbereich seines theoretischen Ansatzes gewünscht. Dies gilt um so mehr, als Schüler in den allgemeineren Ausführungen des Teils IV ausgeglichene Zahlungsbilanz und allein durch Steuern finanzierte Staatsausgaben unterstellt (so daß die Beschränkung auf den realen Sektor der Wirtschaft noch einigermaßen plausibel erscheint), in der für die Schätzung verwendeten Varianten aber auf diese beiden Restriktionen verzichtet und somit eventuelle realwirtschaftliche Rückwirkungen positiver oder negativer Zahlungsbilanzen und nicht durch Steuereinnahmen ausgeglichener Staatsbudgets von vornherein vernachlässigt.

Im fünften und letzten Teil, der der Schätzung des Modells vorbehalten ist, gibt Schüler zunächst einen kurzen Überblick über die praktischen Schwierigkeiten bei der Ermittlung der Zeitreihen, die die Entwicklung des für den Arrowschen Ansatz zentralen Erfahrungsstandes und seines jeweils genutzten Ausmaßes repräsentieren, geht dann auf die verschiedenen möglichen sowie auf die von ihm benutzten Ersatzkonstruktionen ein, um schließlich die Ergebnisse seiner Parameterschätzungen vorzustellen. Ein statistischer Anhang über die Zeitreihen der verschiedenen in der Schätzung verwendeten Variablen und ein Symbol- und Literaturverzeichnis schließen die Arbeit von Schüler ab, wobei jedoch das Fehlen eines Sachwortregisters negativ auffällt.

Der Versuch, Arrows Lernfunktionen-Konzept im Rahmen eines gesamtwirtschaftlichen Wachstumsmodells einer empirischen Überprüfung zu unterziehen, ist für sich genommen sicherlich positiv zu beurteilen. Es bleibt jedoch die Frage, wie überzeugend die Schätzergebnisse Schülers sind. Abgesehen von der schon oben erwähnten Nichtbeachtung verschiedener Restriktionen ist einmal der gewählte Zeitraum mit nur 14 Beobachtungen (Jahresdaten) für solch einen Test sehr (zu?) kurz. Zum anderen ist es immer vergleichsweise einfach, *relativ* störungsfreie Entwicklungen, d. h. hypothetische lang-

fristige Trendverläufe in gleicher Richtung zu „erklären“ oder besser, zu beschreiben; der einfachste Fall bestünde in einer Trendextrapolation. Der entscheidende Test für die Qualität solcher Modelle sind aber stets die „Trendbrüche“ und hier ist zu bezweifeln, ob man mit Ansätzen auskommt, die nur die realwirtschaftliche Sphäre einer Wirtschaft erfassen, zumal entscheidende wachstumspolitische Maßnahmen häufig zunächst über den monetären Sektor einer Wirtschaft im weitesten Sinne das reale Wachstum beeinflussen. Hier müßte der Hinweis des Autors darauf, daß die Ergebnisse der Schätzungen den Wachstumstrend der Gesamtwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland erklären sollen und darüber hinaus für langfristige Projektionen und Simulationen der Auswirkungen alternativer wirtschaftspolitischer Programme zu nutzen seien (S. 18), entsprechend relativiert werden. Einige (selbst-)kritische Anmerkungen des Autors in diesem Zusammenhang wären nach Meinung des Rezensenten angebracht gewesen.

Das Verdienst dieser Arbeit ist somit vorwiegend — trotz eines anderslautenden Titels — im theoretischen Bereich zu suchen, der tatsächlich auch den inhaltlichen Schwerpunkt darstellt. Auf diesem Gebiet zeigt der Autor eine wirklich überzeugende Leistung. Seine (anspruchsvolle) theoretische Argumentation ist klar und einsichtig, und der Leser bekommt einen umfassenden Einblick in die Konzeption sowie die wachstumstheoretischen Implikationen der „Learning-by-Doing“-Hypothese; die Diskussion verschiedener Anwendungsmöglichkeiten dieses Ansatzes sowie die Übertragung von Arrows Lernfunktion auf die als inputs verwendeten Importe eröffnen interessante neue Aspekte speziell auch im Hinblick auf die zukünftige Wirtschaftsentwicklung ölabhängiger Ökonomien; schließlich ist die stärkere Integration des staatlichen Sektors in die „traditionellen“ Wachstumstheorien eine nicht mehr wegzudiskutierende Notwendigkeit. Die bemerkenswerten Denkanstöße, die Schüler in allen diesen Bereichen gibt, machen seine Arbeit zu einer durchaus empfehlenswerten Anschaffung — trotz eines mit fast DM 0,45 pro Seite vergleichsweise hohen Preises.

K. Jaeger, Berlin

*Schüller, Alfred und Ulrich Wagner* (Hrsg.): Außenwirtschaftspolitik und Stabilisierung von Wirtschaftssystemen. Gustav Fischer Verlag, Stuttgart, New York 1980. 379 S. DM 34,—.

Die vorliegende Aufsatzsammlung geht auf eine Seminarveranstaltung des von K. P. Hensel gegründeten „Forschungsseminar Radein e. V.“ zurück, das auch heute noch eng mit der Forschungsstelle zum Vergleich der Wirtschaftssysteme der Universität Marburg verbunden ist. Der Titel, unter dem die z. T. erweiterten Referate publiziert werden, ist weiter gefaßt als der Inhalt: Es geht nicht um Außenwirtschaftspolitik und Stabilisierung von Wirtschaftssystemen im allgemeinen, sondern fast alle Beiträge konzentrieren sich auf das Problem der *intersystemaren* Außenwirtschaftspolitik, d. h. auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Marktwirtschaften und Planwirtschaften, praktisch also auf die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, und den daraus für beide Systeme sich ergebenden Stabilisierungs- und Destabilisierungseffekten. Mit dieser Thematik wird ein Problem aufgegriffen, das in der Literatur schon 1955 durch *Ernst Heuß* und in den 70er Jahren durch *Alfred Schüller* — der auch hier die Federführung hatte — behandelt wurde, das aber seit der Intensivierung der Ost-West-Beziehungen in den 70er Jahren auch ein wichtiges wirtschaftspolitisches Problem geworden ist, das durch

die konjunkturellen Schwierigkeiten in den marktwirtschaftlichen Ländern und durch politische Instabilitäten in Polen noch aktualisiert wird.

Entgegen einer verbreiteten Euphorie, daß Ausdehnung des internationalen Handels, dessen Vorteile im allgemeinen unbestritten sind, speziell gegenüber sozialistischen Staatshandelsländern in vielfacher Hinsicht positive Ergebnisse — zusätzliche Wohlfahrtseffekte, Konjunkturstabilisierung, Entspannungs- und Friedenssicherung u. a. m. — wird hier überwiegend eine skeptische Haltung eingenommen. Nicht daß nicht auch Wirtschaftsbeziehungen zu Osteuropa Vorteile für Marktwirtschaften bringen könnten, wird bestritten, sondern es wird herausgearbeitet, daß die besonderen institutionellen Bedingungen, unter denen Staatshandelsländer mit vorwiegend marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften in Wirtschaftsverkehr treten, jenen ungleich mehr Vorteile verschaffen als diesen, wenn für diese überhaupt noch ein positiver Gesamtnutzen übrig bleibt. Darin kann ein roter Faden gesehen werden, der sich durch die Mehrzahl der Beiträge zieht; dies ist auch die Kernaussage des Buches, die sich gegen jene Ost-Handels-Euphorie wendet, und versucht auf dieser Grundlage zu konkreten Problemen des Ost-West-Wirtschaftsverkehrs Stellung zu nehmen.

Der überwiegenden Zahl der Beiträge liegt der ordnungstheoretische Ansatz zugrunde. Diese Ausrichtung hat zur Folge, daß weniger die prozessualen und strukturellen Auswirkungen der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen untersucht werden, als vielmehr die ordnungspolitischen Komponenten, die Auswirkungen auf die Wettbewerbspolitik, die Marktstruktur usw. Der theoretische Charakter solcher Aussagen, die mit Einzelbeispielen belegt werden können, macht eher die Tendenz deutlich als daß alarmierende Nachteile schon aus der Praxis nachgewiesen werden könnten, im Gegenteil, der oftmals noch immer geringe Umfang des Ost-West-Wirtschaftsverkehrs läßt selbst dort, wo deutlich marktdeformierende Einflüsse festgestellt werden können, sie in der Praxis als nicht erheblich erscheinen (vgl. v. U. Fehrl und P. Oberender über die Lage in der chemischen Industrie, S. 300). Insgesamt scheint der ordnungstheoretische Ansatz das Problem der wechselseitigen Einflüsse auf das innere ökonomische Geschehen der marktwirtschaftlichen und der zentralverwaltungswirtschaftlichen Volkswirtschaften theoretisch deutlich zu machen, als wenn man nur die möglichen kommerziellen und arbeitsmarktpolitischen Vor- und Nachteile einzelner Osthandelsgeschäfte betrachtet. Jedoch stellt sich die Frage, ob insgesamt die ordnungspolitisch nachweisbaren Nachteile die einzelwirtschaftlichen und eventuell die beschäftigungspolitischen Vorteile überwiegen oder nicht. Die in diesem Buch verfolgte Linie vertritt eindeutig eine skeptische, warnende Position; die andere Seite kommt nur gelegentlich zur Geltung. Insofern leistet das Buch nicht nur eine politische, sondern auch eine ordnungstheoretische Antithese zur Förderung des Osthandels. Korrekterweise bezieht sie sich dabei vorwiegend auf das ökonomische Geschehen und läßt Argumente der politischen Ebene beiseite, wenn auch diesbezüglich ein nüchterner, zweifelnder Tenor deutlich wird. So G. Gutmann: „Bei näherem Zusehen stellt sich daher der Prozeß des ‚friedlichen Wandels‘ (durch intersystemare Arbeitsteilung — F. H.) als eine ungeheure Spekulation dar“ (S. 58).

Im ersten Teil der Beiträge, der allgemeinen „Ordnungs- und Entwicklungsfragen außenwirtschaftlicher Stabilitätspolitik“ gewidmet ist, wird einleitend die „Außenwirtschaftspolitik der RGW-Länder gegenüber dem Westen aus der Sicht der politischen Ökonomie des Sozialismus“ erörtert und dabei die oben angedeutete Grundlinie herausgearbeitet: Als Ziel der sozialisti-

schen Welthandelspolitik, dem alle Mittel und Instrumente der sozialistischen Außenwirtschaftspolitik dienen, sind die „Systemstabilisierung nach innen“ und die „Internationalisierung administrativ-sozialistischer Ordnungsbedingungen in der Welt“ identifiziert. Damit ist der vielfach belegbare Vorrang der Politik gegenüber der Ökonomie auch in den Außenwirtschaftsbeziehungen der RGW-Länder deutlich fixiert. In den politischen Zielen sind freilich auch ökonomische enthalten. Gleichwohl muß die Frage nach dem Nutzen-Kosten-Verhältnis der politischen Außenwirtschaftsziele gestellt werden, d. h. daß auch für die sozialistischen Führungszentren politische und ökonomische Ziele konkurrieren und gerade deshalb das Streben nach ökonomischen Vorteilen über außenwirtschaftliche Beziehungen neben den unbestreitbaren politischen Zielen besteht. Gerade dies wird in den folgenden Beiträgen deutlich, vielleicht könnte man deshalb die politischen Ziele und Einrichtungen eher als Rahmenbedingungen verstehen, innerhalb deren durchaus ökonomische Ziele verfolgt werden. Im übrigen ist *Schüller* voll zuzustimmen, wenn er in den Formen, Einrichtungen und Mitteln der sozialistischen Außenwirtschaftspolitik die Grundlage für eine partielle Gefährdung der Marktwirtschaften sieht. Die von *Schüller* markierte kritische Einstellung zum Ost-West-Handel wird in einem historischen bis in die Gegenwart fortgeführten Beitrag unterstrichen: *H. H. Derix* kommt in seiner „... Vergleichenden Analyse der intersystemaren Handelsvertragspolitik seit 1921 ...“ zu der These, daß — in der neuen Osthandelspolitik der Bundesrepublik ähnlich wie für die Handelsvertragspolitik nach 1921 gegenüber der Sowjetunion — „die Interdependenz zwischen politischer und ökonomischer Ordnung ... zu einer verdrängten Erkenntnis“ wird. *G. Gutmann* stellt bei seiner Analyse der „Argumente von Wandel durch Handel“ die Wissenschaftlichkeit der Begründer dieser These in Frage (S. 58 f.) und kommt zu dem Ergebnis, daß den Wirtschaftsbeziehungen „lediglich eine recht bescheidene Bedeutung im Kontext der Entspannung beigemessen werden kann“ (S. 61).

Einen reizvollen Kontrapunkt stellt der Überblick *R. Peterhoffs* dar, der im wesentlichen die Reform der Binnen- und Außenwirtschaftsordnung Polens (1971 bis 1975) untersucht und zeigt, wie eine gewisse Lockerung des Außenhandelsmonopols und der Außenhandelsplanung möglich war. Aber diese Entwicklung mündete doch wieder in eine stärkere Reglementierung der Außenwirtschaft ein — und nicht zuletzt stellt sie eine Komponente der offen zu Beginn der 80er Jahre auftretenden polnischen Probleme dar.

Der einzige nicht direkt der Ost-West-Problematik zugehörige Beitrag analysiert den Zusammenhang zwischen Entwicklungsstand einerseits und Freihandel und Protektionismus andererseits (*J. Röpke*). Dabei wird das traditionelle Erziehungszollargument nicht nur (in seinen bekannten Grenzen) bestätigt, sondern vorsichtig um bestimmte Formen eines Entwicklungsprotektionismus erweitert. Auch der Beitrag von *P. Hertner*, der die relative Rückständigkeit am Beispiel Rußlands und Italiens vor 1914 behandelt, bestätigt mit gewissen Einschränkungen (Strukturprobleme, Verteilungskämpfe) den Erfolg protektionistischer Politik.

Die im zweiten Teil zusammengefaßten Referate behandeln „Stabilisierungsprobleme aus währungs-, handels- und wettbewerbspolitischer Sicht“. Einen guten, geradezu lehrbuchhaften Überblick über das Außenwirtschaftssystem, die Einordnung der Zahlungsbilanz in das Bilanzierungssystem, die Außenhandelspolitik und deren Instrumente sowie die Außenwirtschaftsentwicklung der DDR gibt *H. F. Buck*. Kritisch sei lediglich angemerkt (S. 152),

daß es nicht nur geplante Passivierung der Zahlungsbilanz, sondern ebenso eine geplante und ungeplante Aktivierung geben kann und gibt und in Zukunft zur Schuldenrückzahlung geben wird. Eine wichtige Ergänzung zur Außenhandelsentwicklung der DDR bringt *W. Klein*, der für das Außenhandelswachstum der DDR gegenüber dem RGW und den kapitalistischen Ländern nicht nur jeweils eine stark zyklische, sondern auch reziproke Entwicklung feststellt und dafür interessante Erklärungshypothesen vorstellt. In dem Beitrag von *E. Sell* und *H. J. Thieme* werden die „Nebenwährungen bei zentraler Planung des Wirtschaftsprozesses“ untersucht, am Beispiel der DDR wird mit Hilfe der monetären Theorie den Ursachen und Konsequenzen der begrenzten Zulassung von Westwährungen neben der offiziellen Binnenwährung nachgegangen. Aber es wird theoretisch nicht ganz geklärt, wie es zu dem „Anti-Greshamschen Gesetz“ kommt. Dafür dürften die beschränkte Güterkonvertierbarkeit der Binnenwährung und die Ausdehnung von Versorgungsschwierigkeiten verantwortlich sein. Es handelt sich nicht um Doppel- oder Parallelwährungen, sondern um ein eigenständiges Phänomen, für das der von den Autoren benutzte Begriff der Nebenwährung angemessen ist.

Der rote Faden, daß Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen vorwiegend dem Osten nützen, für den Westen aber Nachteile bringt, wird in den Beiträgen zur Mitgliedschaft der RGW-Länder im IWF (*H. Hamel*) und zur Frage der Gatt-Mitgliedschaft (*H. Gröner*) wieder aufgenommen. Besteht hinsichtlich des IWF selbst bei den RGW-Ländern (mit Ausnahme Rumäniens, das Mitglied ist) eine Zurückhaltung, so erwies sich das Gatt für ihre Ziele als besonders geeignet, da von Staatshandelsländern kaum Gatt-konformes Verhalten erwartet oder überprüft werden kann. Die Analyse der Beteiligung der sozialistischen Wirtschaftssysteme am Euro-Geldmarkt (*H. J. Hof*) führt auch hier zu einem deutlichen Übergewicht der Vorteile für diese Länder, die sich namentlich in den 70er Jahren zu einer Quelle ihrer Importausweitung entwickelte und mit einer Reihe von zusätzlichen Annehmlichkeiten gegenüber anderen Kreditformen (anonym, oft billiger) verbunden ist. Es wird hier bereits angedeutet, daß die Kreditwürdigkeit, insbesondere die Schuldendienstfähigkeit, entgegen einem gepflegten Vorurteil Grenzen besitzt. Allerdings wird neben der Sowjetunion gerade Polen auf Grund seiner Rohstofflieferfähigkeit eine günstige Verschuldensfähigkeit zugeschrieben. Es ist schon eine nur mit Ironie zu betrachtende Paradoxie, daß die Kreditwürdigkeit von Staatshandelsländern auf westlichen Kreditmärkten gerade auch von der inneren Stabilität des zentralverwaltungswirtschaftlichen Systems abhängig zu sein scheint. — Zwei Branchenanalysen, der Schiffsfrachtenmarkt (*L. Schmidt*) und die chemische Industrie (*U. Fehl, P. Oberender*), zeigen, wie stark die Wettbewerbsverhältnisse durch die Beteiligung des Staatsmonopols in Schwierigkeiten gebracht werden können oder könnten. Jedoch muß — was im zweiten der genannten Beiträge immerhin gesagt wird — deutlich zwischen monopolistischen Praktiken der Wettbewerbsverzerrung und dem Mißbehagen einiger Branchen — die meist auch keine Wettbewerbsapostel sind — über das Auftreten günstiger Anbieter aus dem Osten unterschieden werden, wobei letztes nicht den Produzenten, sondern den Nachfragern zugute kommt. Welcher Effekt überwiegt, ist ein schwieriges empirisch zu lösendes Problem.

Im dritten Teil des Bandes wird die Frage zu klären versucht, ob eine „Systemstabilisierung durch intersystemare Wirtschaftsbeziehungen“ möglich ist. *U. Wagner* gibt in seinem Beitrag einen Überblick, für welche inneren Probleme die Staatshandelsländer Lösungen aus dem Westen importieren. Möglicherweise hat sich das Gewicht von der Lückenbüßer- und Feuerwehr-

funktion stärker auf die Lösung von Entwicklungsproblemen, vor allem auf den Innovationsimport, verlagert. Aber, wie K.-E. Schenk und A. Wass von Czege zeigen, ist die Kooperation als die in den letzten Jahren besonders gepriesene Form der intersystemaren Zusammenarbeit nur begrenzt für den Technologietransfer geeignet. (Ähnliches gilt für Joint Ventures, vgl. den Beitrag von K.-P. Kruber.) Dem Urteil Schenks kommt besondere Bedeutung zu, weil es auf einer empirischen Untersuchung — eine der wenigen, die in den RGW hineinreicht — basiert. Hier wird (ebenso wie bei J. Röpke) der Ansatz der klassischen Außenhandelstheorie verlassen und die Hamburger Regietheorie zur Erklärung von Kooperationen herangezogen. Eine Untersuchung sämtlicher Bedingungen des Technologietransfers führt auch K. von Delhaes zu einer negativen Einschätzung für die Geberländer allein schon, wenn in den für das Ostgeschäft typischen Marktformen mögliche Wohlfahrtsgewinne wegkonkurriert werden.

Aus den Beiträgen ergibt sich folgende wirtschaftspolitische Konsequenz: Kaum wird man zwar so weit gehen können, wie U. Wagner meint (S. 317), wegen der „negativen externen Effekte des Wirtschaftsverkehrs mit dem Osten — vor allem für die Unfreiheit der dort lebenden Menschen ... den Wirtschaftsverkehr gesetzlich zu verbieten“. Aber Schüller zeigt in seinem Schlußreferat rationale Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik: Der Wirtschaftsverkehr mit den Staatshandelsländern sollte nicht staatlich gefördert, sondern wirtschaftspolitisch unter Wettbewerbsgesichtspunkten geregelt werden. Dies hätte weitreichende Folgen z. B. für die von Staatshandelsländern dominierten westlichen Unternehmen, für die Niederlassungsfreiheit und die Wahl der Unternehmensform. Es scheint fraglich, ob ein Zurückkurbeln hier möglich ist. Aber es bleibt die Botschaft dieses Buches: Ost-West-Handel ist nicht per se von Vorteil, sondern die gesamten Bedingungen der einzelnen wirtschaftlichen Beziehungen müssen geprüft und wirtschaftspolitisch so gestaltet werden, daß dem einzelwirtschaftlichen Gewinn auch ein gesamtwirtschaftlicher Nutzen zur Seite steht. Wenn aus politischen Gründen Zugeständnisse gemacht werden, müssen ihre gesamtwirtschaftlichen Kosten zumindest deutlich gemacht werden.

F. Haffner, Münster

Riechel, Klaus-Walter: Ökonomische Wirkungen von Wechselkursänderungen. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1981. 173 S. DM 64,—.

Der Verfasser stellt mit seiner Untersuchung eine umfassende, theoretische Analyse der inländischen Wirkungen von Wechselkursänderungen bei im Prinzip festen Kursen im Rahmen eines monetären Ansatzes des Zahlungsbilanzausgleichs dar.

Nach einem einleitenden Kapitel über „Wechselkursänderungen als Instrument der Wirtschaftspolitik“ werden in einem ersten großen Hauptabschnitt „Abwertung, Vermögen und Ausgaben“ an einem einfachen Archibald/Lipsey-Modell dargestellt. Hier wie in den weiteren Ausführungen wird stets der Fall des kleinen Landes unterstellt. Die Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland beschränken sich dabei zunächst auf den Austausch von Gütern und Geld (Handelsbilanz/Devisenbilanz), später werden zusätzlich nichthandelbare Bonds als zweites Finanzaktivum eingeführt. Im Gegensatz zum ersten Fall wird unter Einbeziehung von nichthandelbaren Bonds der Einfluß einer Wechselkursänderung auf den Güterhandel gedämpft (S. 61), was ja zu erwarten war, da der finanzielle Bereich die Kursänderung mit auffängt.

In einem weiteren Ansatz werden schließlich in- und ausländische Bonds als international handelbare Finanzaktiva zugelassen. Hier kann jetzt ein permanentes Zahlungsbilanzdefizit nach einer Abwertung entstehen. Dies ist dann der Fall, wenn die Zentralbank die expansiven Auswirkungen des mit der Abwertung ausgelösten Anstiegs der Währungsreserven durch den Verkauf von marktfähigen Titeln neutralisiert (S. 74). Eine solche Aussage jedoch beachtet noch nicht den Einfluß von Portfolio-Umschichtungen auf die Zahlungsbilanz!

Dies wird im nächsten großen Hauptabschnitt über „Abwertung und Portfolioanpassung“ nachgeholt, in dem Vermögenseffekte mitberücksichtigt werden. Als Ergebnis folgert der Verf., daß im Anschluß an eine Abwertung mit den Währungsreserven auch das inländische Vermögen steigt und mit einer Portfolioanpassung zwischen in- und ausländischen Bonds (Kauf ausländischer Wertpapiere) die Kapitalbilanz passiviert wird. Hier sollte jedoch darauf hingewiesen werden, daß dies allenfalls kurz- bzw. mittelfristig erfolgen kann, nicht jedoch langfristig!

In einem weiteren Hauptabschnitt bezieht der Verfasser neben handelbaren auch nichthandelbare Güter in die Abwertungsanalyse ein, um in einem darauf folgenden Hauptabschnitt auf die Bedeutung von Geldillusion für den Anpassungsprozeß einzugehen. Dabei wird von einem exogen gegebenen Preisanstieg im Inland und somit auch des Wechselkurses ausgegangen. Die Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus soll außerdem die Preisstruktur unverändert lassen und allein die reale Nachfrage reduzieren (S. 126); impliziert ist hierbei offenbar eine gegebene Geldmenge. Wenn nun die Regierung die gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch expansive fiskal- oder geldpolitische Maßnahmen stimuliert, kommt es zu keiner Veränderung der Zahlungsbilanz gegenüber der ursprünglichen Situation (S. 128). Dieses Ergebnis ist unmittelbar evident.

Schließlich werden im nächsten Hauptabschnitt Preiserwartungen in die Untersuchung zum Anpassungsprozeß einbezogen, um im letzten Kapitel noch „Schlußfolgerungen und wirtschaftspolitische Implikationen“ darzustellen.

Das vorliegende Buch stellt insgesamt eine saubere Analyse der Theorie der Abwertung mit modernen Instrumenten dar. Manche Ergebnisse sind zwar von vornherein zu erwarten gewesen, werden aber durch die Einbettung ihrer Ableitungen in die monetäre Zahlungsbilanztheorie erneut untermauert.

M. Borchert, Münster

*Nove, Alec: Das sowjetische Wirtschaftssystem. In deutscher Sprache herausgegeben von Hans-Jürgen Wagener. (Osteuropa und der internationale Kommunismus. Bd. 9. Hrsg.: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien). Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1980. 491 S. DM 78,—.*

Alec Nove, Professor in Glasgow, veröffentlichte sein erstes Lehrbuch „The Soviet Economy“ vor etwa zwei Jahrzehnten. Es wurde bald das meistverbreitete Lehrbuch über Sowjetwirtschaft, erlebte mehrere überarbeitete Auflagen und erschien damals auch in deutscher Übersetzung. Die jetzige Fassung ist jedoch, wie Nove im Vorwort zur deutschen Ausgabe betont, „ein im wesentlichen neues Buch“, geschrieben im Jahre 1975/76 und in englischer Sprache



1977 veröffentlicht. Für die deutsche Ausgabe hat Nove am Ende einzelner Kapitel Ergänzungen zwecks Aktualisierung (so auch über die letzten, seit Juli 1979 angeordneten Reformmaßnahmen in der Sowjetunion) eingefügt und einen Teil der statistischen Tabellen auf den neuesten Stand gebracht. Grundsätzliche Änderungen gegenüber der englischen Ausgabe seien jedoch, wie Nove mit Recht bemerkt, nicht notwendig gewesen, da das sowjetische Wirtschaftssystem noch immer keine grundsätzlichen Änderungen erlebt habe. Bedauerlich, aber unvermeidlich ist, daß ein solches Buch bei seinem Erscheinen in manchen Einzelheiten bereits überholt ist, da Veränderungen ohne grundsätzlichen Charakter sich ständig vollziehen.

Das — in der Tat weitgehend ganz neu gestaltete — Buch läßt erneut den hervorragenden Kenner der Sowjetwirtschaft erkennen, als der sich Nove bereits in zahlreichen Veröffentlichungen erwiesen hat. Im Mittelpunkt steht dabei das sowjetische Wirtschaftssystem, sein Grundcharakter, seine Mechanismen und Organisationsformen, seine Funktionsweise und die sich daraus ergebenden Probleme. Nove charakterisiert dieses System als „zentralisierten Pluralismus“ — Pluralismus deshalb, weil eine völlige Zentralisierung aller Entscheidungen unmöglich und deshalb eine Delegation — sowohl auf die Unternehmungen und die „Vereinigungen“ (objedinenija) als auch, wegen der riesigen Größe des Territoriums der Sowjetunion, auf regionale Untergliederungen — unvermeidlich ist. Die dadurch besonders auf der Managementebene entstehenden Probleme werden von Nove sehr klar herausgearbeitet. Er vermeidet es dabei erfolgreich, allzusehr auf institutionelle Einzelheiten einzugehen, was die meisten Leser nur verwirren würde, zumal kleinere institutionelle Veränderungen in der Sowjetwirtschaft nahezu ständig vorgenommen werden. Von der Marxschen Terminologie ausgehend, sieht Nove die Grundproblematik des Sowjetsystems im „wachsenden Widerspruch zwischen den Produktivkräften (moderne Industrie und ihre Implikationen) und den Produktionsverhältnissen (ein Planungs- und Kontrollsystem, das eingeführt wurde, um die Industrialisierung in einer unterentwickelten Wirtschaft herbeizuführen)“. Besondere Kapitel sind der Landwirtschaft, den Investitionen im Zusammenhang mit dem technischen Fortschritt, der Preisbildung, den Löhnen und der Rolle der Gewerkschaften, dem Staatshaushalt im Zusammenhang mit Geld und Inflation sowie dem Handel (Binnen- und Außenhandel) gewidmet. Daß Nove dabei eine souveräne Tatsachenkenntnis beweist, ist selbstverständlich; er bleibt aber keineswegs dabei stehen, sondern ist in weiten Teilen des Buches um eine theoretische Analyse der systemimmanenten Erscheinungen und Probleme bemüht. Begrüßenswert ist, daß in zwei besonderen Kapiteln „Begriffe und Definitionen“ erläutert sowie „Quellenmaterial und Statistiken“ kritisch behandelt werden.

Ein besonderes Kapitel ist alternativen Modellen sozialistischer Wirtschaftssysteme gewidmet, vor allem dem ungarischen Reformmodell, dem jugoslawischen System mit einer viel stärkeren Bedeutung der Marktkräfte und mit „Arbeiterselbstverwaltung“, ferner den Reformvorstellungen sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler sowie den Ursachen für den Widerstand gegen solche Reformen (einschließlich der Kritik der „Neuen Linken“).

Im Schlußkapitel versucht Nove mit großer methodischer Vorsicht eine Bewertung der Effizienz des sowjetischen Wirtschaftssystems unter Einbeziehung der historischen Voraussetzungen; dabei ist er sich bewußt, daß „man absolute Effizienzkriterien nicht definieren kann“. Die unverkennbaren Schwächen des Systems erklärt Nove vor allem aus „negativen Skalenerträgen der Zentralisierung“, unterläßt es jedoch nicht, auch auf negative

Seiten westlicher Wirtschaftssysteme im Vergleich mit dem Sowjetsystem hinzuweisen. Wenn Nove sagt: „Jedes Realsystem (im englischen Text heißt es: system in the real world. Th.) erzeugt unweigerlich seine eigene Form von Ineffizienz und Verschwendung“, so wird dem wohl niemand widersprechen wollen. Ob allerdings wirklich, wie es auf S. 464 heißt, im Sowjetsystem „die gesellschaftlichen Konflikte, die in jeder modernen Gesellschaft unvermeidlich sind, mit größerem Erfolg gelöst oder beherrscht werden“, erscheint mir recht fraglich; die Entwicklung in Polen seit Sommer 1980 spricht deutlich dagegen.

Kritisch sei bemerkt, daß nach Auffassung des Rezensenten die negativen Konsequenzen, die sich aus der fast völligen Beseitigung des Individual Eigentums an Produktionsmitteln und damit auch fast jeder selbständigen wirtschaftlichen Tätigkeit ergeben, in der Analyse Noves unterbewertet sind. Ebenso hätte man der Eingliederung der außenwirtschaftlichen Beziehungen in das Sowjetsystem im Zusammenhang mit Organisation und Tätigkeit des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ eine ausführlichere Behandlung gewünscht; das gilt besonders für die außenwirtschaftlichen Vorgänge außerhalb des Außenhandels sowie für die Beziehungen zwischen Außenwirtschaft und Außenpolitik. Bedauerlich ist, daß Nove fast nur englisch- und russischsprachige Literatur verwendet, die umfangreiche deutschsprachige Literatur zu seiner Thematik also fast völlig beiseitegelassen hat. Der Herausgeber der deutschen Ausgabe, Wagener (jetzt Professor in Groningen), hat auf 4 Seiten eine ergänzende Bibliographie beigegeben, in der auch deutschsprachige Buchveröffentlichungen berücksichtigt sind.

Diese kritischen Bemerkungen ändern jedoch nichts an der Feststellung, daß das Novesche Buch eine hervorragend gelungene Darstellung, Analyse und Bewertung des sowjetischen Wirtschaftssystems ist — die unzweifelhaft beste, die heute verfügbar ist. Dazu tragen auch der sehr lesbare Stil sowie die ausgezeichnete Übersetzung bei. Die Lektüre dieses Standardwerks ist daher jedem Wirtschaftswissenschaftler ohne Einschränkung zu empfehlen.

K. C. Thalheim, Berlin